

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 11/2011 vom 16. Dezember 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Jürg Dällenbach, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein (ab Geschäft Nr. 84), Manfred Locher, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann

Entschuldigt Stadtrat Martin Frei und Stadträtin Gina Lehnherr

Schluss der Sitzung 18.15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie den ehemaligen Stadtrat Herrn Christoph Peter als Gast willkommen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, schlägt *Suzanne Albrecht Wyss (Grüne)* als Ersatzstimmzählerin für den abwesenden Martin Frei (Grüne) vor.

Der Rat wählt Suzanne Albrecht Wyss (Grüne) stillschweigend als Ersatzstimmzählerin.

83. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 24. November 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

84. Kommissionen

Stadträtliche Kommissionen; Ersatzwahl SAKO Bildung Sport Kultur anstelle von David Külling (FdM)

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Verena Schneiter (EDU)* als Kommissionsmitglied vor.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Fraktion der Mitte, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur (BiSK) wird als Mitglied anstelle des zurückgetretenen David Külling **per sofort** gewählt: **Verena Schneiter (EDU)**.

85. Postulat P 5/2011 betreffend Vergütung von Solarstrom durch die Energie Thun

Allemann Martin (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass mit den Preisänderungen der Energie Thun AG auf den 1. Januar 2012 das Postulat nicht wortwörtlich umgesetzt wurde. Eigentlich wollte er mit dem Postulat erreichen, dass der eingespiesene Solarstrom 1 : 1 mit dem bezogenen Strom verrechnet wird. Die Energie Thun AG zahlt nun ab dem neuen Jahr neu 37,7 Rp./kWh Solarstrom, was im Vergleich mit anderen Stromlieferanten ein sehr gutes Angebot ist. Diese Preisanpassung ist lobenswert. Die Fraktion verzichtet deshalb darauf, auf die wortwörtliche Umsetzung des Postulates zu pochen und stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Die Stadtratspräsidentin weist darauf hin, dass die Sachkommissionen gemäss Artikel 24 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun keine Stellung zu den Vorstössen nehmen können.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, freut die Antwort des Gemeinderates. Die Preisanpassungen der Energie Thun AG beim Solarstrom sind ganz im Sinne der Fraktion. Nun werden auch ökonomische Anreize für die Einspeisung und den Bezug von Solarstrom gesetzt. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, unterstützt die Preisänderungen der Energie Thun AG im Bereich des Solarstromes. Diese Anpassungen gehen in die richtige Richtung und zeigen, dass die Energie Thun AG bereit ist, vom Atomstrom abzuweichen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Fraktion unterstützt die Anträge des Gemeinderates.

Der Rat genehmigt das Postulat einstimmig und schreibt es gleichzeitig ab.

86. Postulat P 4/2011 betreffend Standorte der Asylbewerberunterkünfte

SVP-Fraktion vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, freut, dass der Gemeinderat bezüglich Standort von Asylunterkünften zum gleichen Schluss kommt wie die SVP-Fraktion. Die Fraktion ist der Meinung, dass nicht nur in Allmendingen keine Asylunterkunft in der Nähe eines Schulhauses eingerichtet werden soll, sondern generell nie in der Nähe eines Schulhauses. Gefreut hat die Fraktion, dass der Gemeinderat schreibt, dass eine Asylunterkunft in unmittelbarer Nähe einer Schulanlage zu Störungen des Schulbetriebes führen kann, da zwei unterschiedliche Nutzergruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen aufeinander treffen.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, ist noch unentschieden. Unklar ist der Fraktion die Begründung des Postulates. Die Fraktion möchte von der SVP konkreter wissen, was sie damit meint, dass Asylunterkünfte in der Nähe von Schulanlagen problematisch sind. Die jetzige Begründung könnte auch angewendet werden bei Mobilfunkantennen, Drogenanlaufstellen oder verkehrsreichen Strassen in der Nähe der Schulanlagen. Unklar ist auch der Begriff "Unmittelbarkeit". Je nach Auslegung müsste davon ausgegangen werden, dass in der Stadt überhaupt keine Unterkünfte mehr möglich sind. Die Fraktion bittet die SVP um Klärung dieser Fragen.

Ursula Stöckli, **SP-Fraktion**, ist zufrieden mit der Antwort. Asylsuchende sollen nicht in Schulhäusern untergebracht werden. Es sollte genug andere Möglichkeiten in der Stadt geben. Die Fraktion stimmt dem Postulat und dessen gleichzeitiger Abschreibung zu.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, stimmt dem Postulat inhaltlich zu, wünscht sich aber in Zukunft einen weniger harten Ton in der Antwort. Das Ganze hätte auch positiver formuliert werden können. Schliesslich handelt es sich bei den Asylbewerbern um schutzsuchende Menschen. Es fragt sich, wo dann Asylsuchende untergebracht werden sollten. Auch an anderen Orten der Stadt werden dann diese Menschen stören.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Fraktion den Vorstoss bei dessen Einreichung umfassender begründet hat. Zu den Fragen der Fraktion der Mitte: Die grössten Flüchtlingsströme kommen zurzeit aus dem nordafrikanischen Raum. Polemik ist im fern. Doch diese Personen bringen viele Probleme mit: Sie trinken viel, pöbeln und sind eher uneinsichtig betreffend die Einhaltung von Regeln. Dieses Problem wird von linken wie auch rechten Kreisen anerkannt. Bezüglich des Umkreises ist die Fraktion der Meinung, dass mit den Asylunterkünften die schulischen Interessen nicht tangiert werden dürfen. Es ist nicht möglich, eine genaue Distanz zu nennen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, benötigt keine Auslegungshilfen bezüglich dem Wortlaut des Postulates. Geschrieben ist, dass Asylbewerberunterkünfte nicht in unmittelbarer Nähe eines Schulhauses eingerichtet werden sollen. Die Fraktion kann dieses Anliegen unterstützen. Die Fraktion will damit aber nicht sagen, dass die Stadt nicht bereit sein soll, ihren Beitrag zu leisten und mitzuhelfen, die Asylsuchenden menschenwürdig unterzubringen. Die Suche nach anderen Standorten muss demnach weitergehen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler zitiert die Originalbegründung des Postulates. Diese Begründung stimmt wortwörtlich mit dem heutigen Text überein. Sie wurde also weder gekürzt noch erweitert. Zivilschutzanlagen befinden sich immer in der unmittelbaren Nähe von öffentlichen Gebäuden. Thun hat nur in Allmendingen eine Anlage, welche abseits von einem öffentlichen Gebäude liegt. Es ist unbestritten,

dass es derzeit Probleme mit den Asylbewerbern aus den nordafrikanischen Staaten gibt. Es wäre für Thun idealer, wenn Asylbewerber, die keine Chance auf eine Gutheissung ihres Asylantrages haben, in Bundeszentren verbleiben würden. Diese sind nun aber, auch aufgrund des langen Asylverfahrens, ausgelastet. Folgende Zentren wurden zusätzlich zu den bestehenden Zentren eröffnet (Stand 1. Dezember 2011): Biel (120 Plätze), Köniz (60 Plätze), Muri (80 Plätze), Krauchthal (64 Plätze), Uetendorf (100 Plätze). Der Bund findet kaum mehr Unterkünfte. Das Thema ist für Thun aus diesem Grund nicht abgehakt. Laut Gesetz kann der Kanton die Gemeinden verpflichten, weitere Anlagen zur Verfügung zu stellen. Zurzeit liegt in Thun keine solche Anfrage vor. Thun leistet seinen Beitrag in der Asylkoordination Oberland. Er bittet im Namen des Gemeinderates um Annahme des Postulates.

Der Rat stimmt dem Postulat mit 36 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

87. Interpellation I 17/2011 betreffend Verteilung von Geldern der Kulturabteilung

SVP-Fraktion vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird gewünscht.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, dankt für die Antwort und all den Personen, die sich für die Kultur einsetzen. Leider zeigt die Antwort nur auf, was bereits klar ist und befriedigt dadurch nur teilweise. Bei der "flexiblen Förderung" entscheiden die Kriterien Relevanz, Resonanz und innere Stimmigkeit über die Vergabe von Fördergeldern. Diese Kriterien sind sehr subjektiv und deren Anwendung ist keine einfache Aufgabe. Der Vorstoss wollte die Entscheidungsträger im Kulturbereich zum Nachdenken anregen. Die Interpellanten hätten sich mehr Wille zur Selbstkritik gewünscht.

Für Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, ist die Antwort klar und nachvollziehbar. Die Ursache für den Vorstoss ist die Verärgerung der Veranstalterin des Kammermusikfestivals Gaia über die Vergabe der Fördergelder. Diese ist verständlich. Die Argumente des Gemeinderates überzeugen aber mehr. Es ist wichtig, dass in Thun ein vielfältiges Kulturprogramm angeboten wird. Aufgrund des engeren finanziellen Spielraumes müssen darum Gesuche in Sparten, die bereits gut vertreten sind, zurückhaltend unterstützt werden. Die Fraktion fragt die Interpellantin, ob es tatsächlich viele Kulturschaffende gibt, die betreffend die Vergabe unzufrieden sind. Als neues Mitglied der Kulturkommission konnte sie sich persönlich überzeugen, dass die Kommissionsmitglieder gut vorbereitet und die Diskussionen sachlich und objektiv sind.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, antwortet auf die Fragen der SP-Fraktion. Es wurde ihm zugetragen, dass auch noch andere Kulturschaffende unzufrieden mit der Vergabe sind. Die Menge der unzufriedenen Kulturschaffenden kennt er nicht.

Gemeinderätin Ursula Haller kann auch nicht sagen, wie viele Kulturschaffende unzufrieden sind. Es liegt aber auf der Hand, dass mit Verringerung der Mittel mehr Gesuche abgewiesen werden müssen und die Betroffenen in der Folge unzufrieden sind. Die Stadt versucht, trotz den beschränkten Mitteln, eine kulturelle Vielfalt sicherzustellen. Bei der Zusammensetzung der Kommissionen wird darauf geachtet, dass Fachpersonen Einsitz nehmen. Es ist keine politische Behörde. Sie dankt für die gute Aufnahme der gemeinderätlichen Antwort und ist erfreut, dass der Rat die Bemühungen der Stadt im Bereich Kultur anerkennt.

88. Interpellation I 19/2011 betreffend Parkierungsanlage Bahnhof (City Süd)

Fraktionen SP und Grüne vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Die Diskussion wird gewünscht.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise befriedigt. Erfreulich ist, dass keine Gelder aus den Spezialfinanzierungen Parkinggebühren bzw. Parkplatz-Ersatzabgaben für das Parkhaus verwendet werden und dass das Parkhaus unabhängig des Parkhauses City Ost gebaut werden soll. Fragen hat die Antwort 3 aufgeworfen. Zurzeit sind weder die detaillierten Kosten noch die künftigen Einnahmen der geplanten Parkhäuser bekannt, womit auch allfällige künftige Gewinne der Parkhaus AG nicht prognostiziert werden können. Deshalb kann eigentlich nicht darauf verwiesen werden, dass Einnahmeausfälle durch den Wegfall oberirdischer Parkplätze durch die Erträge der Parkhaus Thun AG kompensiert werden. Die SP-Fraktion wünscht, dass das Geschäft aber in jedem Fall nicht nur aus finanzpolitischer Sicht beurteilt wird. Würden die oberirdischen Parkplätze aus finanziellen Überlegungen belassen, würde dies den derzeit bestehenden Kompromiss betreffend das Parkraumkonzept der Stadt und damit das Parkhaus City Ost gefährden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ergänzt die Ausführungen von Franz Schori zur Antwort auf die Frage 3. Die Investitionen in das Schlossbergparking und der Verzicht auf die Dividendenausschüttung müssen einen Nutzen für die Bevölkerung und die Benutzer der Innenstadt haben. Es geht in diesem Geschäft primär um die Verkehrslenkung und nicht um Finanzpolitik. Unabdingbar ist hierfür die Umsetzung der flankierenden Massnahmen. Die Verkehrslenkung kann nur funktionieren, wenn die oberirdischen Parkiermöglichkeiten in der Innenstadt restlos aufgehoben und die Tarife der öffentlichen Parkhäuser untereinander abgestimmt werden. Auch das Parkleitsystem ist eine notwendige Massnahme für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes. An den Kosten des Parkleitsystemes sollten sich die privaten Parkhausbetreiber, welche vom System profitieren, beteiligen. Die Einführung der Parkleitsystemes soll spätestens, wenn nötig auch etappenweise, mit der Realisierung des Parkhauses City Süd erfolgen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass durch die Aufhebung von Parkplätzen Parkeinnahmen verloren gehen werden. Zur Gesamtschau gehört selbstverständlich die finanzpolitische Komponente. Die Fraktion wird darum genau darauf schauen, wie viele Parkplätze aufgehoben werden können.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, will eine lebendige Innenstadt, ohne luftverschmutzenden Suchverkehr. Deshalb begrüsst die Fraktion das Parkhaus am Standort Mönchstrasse und freut sich, dass diesem im Rahmen der strategischen Gesamtplanung die grösstmögliche Priorität eingeräumt wird. Der Antwort zur Frage 3 bleibt nichts anzufügen. Im Zusammenhang mit der neu zu erwartenden Situation an der Mönchstrasse mit dem neuen Parkhaus City Süd, würde die FDP Fraktion es sehr begrüssen, wenn das sogenannte "Kiss&Ride" auf der Mönchstrassenseite des Bahnhofes geplant würde und evtl. sogar Buslinien, die den Süden der Stadt bedienen, längerfristig auch am selben Standort starten würden. Die Schlaufe Innere Ringstrasse - Seefeldstrasse - Mönchstrasse wird heute bereits erfolgreich für die Matches des FC Thuns verwendet. Diese Massnahme würde den bereits stark ausgelasteten Bahnhofplatz entlasten.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth informiert, dass das Planungsamt einen Masterplan für den Entwicklungsstandort Bahnhof zusammen mit allen vom Bahnhofplatz Betroffenen ausarbeitet. In diesem Zusammenhang werden u. a. die Standorte der Fahrrad- und der Busparkplätze geprüft. Das Anliegen der FDP-Fraktion wird somit bereits bearbeitet. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, Grundsatzentscheide und die Gesamtschau des Stadt- und Gemeinderates auch bei den Einzelgeschäften immer als Strategie aufrecht zu erhalten. Demzufolge müssen auch beim Parkierungskonzept die Grundsatzentscheide umgesetzt werden. In die Gesamtschau gehören neben der Finanz- auch die Verkehrslenkungs- und Luftreinhaltepolitik sowie die Anliegen aller Verkehrsteilnehmenden. Die oberirdischen Parkplätze im Bereich Bahnhof werden aufgehoben werden, wenn das Parkhaus City Süd eröffnet wird.

89. Fragestunde

Fragestunde F 7/2011 betreffend Fan Walk Thun; SVP-Fraktion vom 12. Dezember 2011

Die Frage F 7/2011 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest das Demissionsschreiben von David Külling (Fraktion der Mitte) vor, welcher nach sechs Jahren auf den 31. Dezember 2011 aus dem Rat zurücktreten wird.

Die Stadtratspräsidentin verabschiedet David Külling (EDU) als Stadtrat. Sie dankt ihm für seine sechsjährige Arbeit und sein Engagement im Rat und in den Sachkommissionen Sicherheit sowie der Bildung Sport Kultur. Sie wünscht ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute im Beruflichen und Privaten.

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest das Demissionsschreiben von Carlos Reinhard (FDP) vor, welche nach sieben Jahren auf den 31. Dezember 2011 aus dem Rat zurücktreten wird.

Die Stadtratspräsidentin dankt Carlos Reinhard (FDP) für seine Arbeit als Stadtrat seit dem 1. Januar 2005. Carlos Reinhard war in der Sachkommission Bildung und Entwicklung, der Budget- und Rechnungskommission, der Spezialkommission Pensionskasse, der Kommission Parkhausplanung und er war Fraktionssprecher der FDP. Persönlich lernte sie ihn in der Schulkommission kennen. Carlos Reinhard war massgeblich am Bau des Stadions Thun Süd beteiligt. Für die Zukunft wünscht sie ihm viel Freizeit und alles Gute für den Beruf und die Familie.

Die Stadtratspräsidentin hält ihre Abschiedsrede. Ihr Präsidialjahr stellte sie unter das Motto "Thun Frieden". Der Stadtrat hat geholfen, dieses Ziel zu erreichen. So musste sie zum Beispiel keinen Stichentscheid fällen. Vielleicht half auch, dass es das erste Jahr in der neuen Legislatur war.

Das Stadtratsjahr 2011 in Zahlen: Es fanden 11 Sitzungen statt, die durchschnittlich 1 Stunde 47 Minuten dauerten. Es wurden 88 Geschäfte behandelt, 63 davon waren Vorstösse. Sie musste 4 Ratsmitglieder verabschieden. Dies ist im ersten Jahr der Legislatur eine hohe Zahl.

Das Amt als Präsidentin verhalf ihr zu einer anderen Sichtweise auf die Stadt und brachte viel Abwechslung. So stand im Frühsommer ein Besuch in der Stadt Gabrovo an. Sie ist überzeugt, dass die Partnerschaft Gutes zu leisten vermag. Ein spezielles Erlebnis war die Eröffnung des Stadions Thun Süd. Das Ergebnis lässt sich sehen. Sie hofft, dass dies in Zukunft so bleibt und nicht Randalierer den anderen Zuschauern ihr Fussballvergnügen vergällen. Nicht leicht gefallen ist ihr das Schweigen zu den einzelnen Geschäften im Ratsbetrieb. Neu waren auch die plakativen Auftritte einzelner Ratsmitglieder. Für ihre Begriffe ist das Parlament keine Arena. Im Rat sollte von Showeffekten abgesehen werden. Der Gemeinderat ist nun ein eingespieltes Team. Für die Lösung der kommenden Probleme, wie zum Beispiel das Schlossbergparking oder das KKThun, wird dies notwendig sein. Es wird Auseinandersetzungen brauchen. Doch Auseinandersetzungen sind nicht nur negativ. Sie lassen viel Bewegung zu.

Sie bedankt sich bei allen Stadtratsmitgliedern, dem Gemeinderat, der Verwaltung, dem Stadtratssekretariat und den Protokollantinnen. Ein besonderer Dank gilt dem Stadtratssekretär Remo Berlinger für seine grosse Unterstützung. Sie wünscht allen ein gutes neues Jahr mit möglichst viel "Thun Frieden".

Eingänge

Es wurden keine Vorstösse eingereicht.

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger